

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Lübbecke

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 13.01.2027, 10:30 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 2, Kaiserstraße 18, 32312 Lübbecke**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Oberbauerschaft, Blatt 1185,
BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Oberbauerschaft, Flur 19, Flurstück 175, Gebäude- und Freifläche,
Oberbauerschafter Straße 186 a, Größe: 879 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein freistehendes, nicht unterkellertes Einfamilienhaus in Hüllhorst, Ortsteil Oberbauerschaft. Ursprungsbaujahr 2021. Erbaut in Massivbauweise (vorgefertigte Wandelemente) mit Verblendmauerwerk und Satteldachkonstruktion. Das Gebäude verfügt über dreifachverglaste Kunststofffenster und einer Gaszentralheizung mit Warmwasserbereitung, Pufferspeicher sowie solare Warmwasserunterstützung.

Die Ausbauarbeiten in dem Gebäude sind noch nicht abschließend fertiggestellt. Die Außenanlagen um das Gebäude sind, bis auf die Eingangsstufe und die Terrasse, größtenteils nicht errichtet worden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 22.09.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

295.000,00 €

festgesetzt.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag versagt worden, weil das abgegebene Meistgebot einschließlich des Kapitalwertes der nach den Versteigerungsbedingungen bestehenbleibenden Rechte die Hälfte bzw. 70 Prozent des Grundstückswertes nicht erreicht hat. Die Wertmindestgrenzen (5/10- und 7/10-Grenze) gelten daher nicht mehr.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.